

Am besten für alle eine Teststrecke

Was kommt nach den Soldaten? / Gemeinden wissen nicht recht weiter – und blicken neidisch auf Immendingen

Von Arnold Rieger und Julia Fiedler

Oberndorf. Für eine Gemeinde wie Immendingen ist der Abzug des Militärs eine Riesenchance. Hier will der Autobauer Daimler eine Teststrecke ansiedeln. Das kleine Hohentengen jedoch erwartet ein wirtschaftliches Fiasko. Wie unterschiedlich die Standortgemeinden mit dem Abzug von Bundeswehr und der US-Armee umgehen,

zeigen wir an sieben Beispielen.

Nicht die Bundeswehr setzt im Zuge der Truppenreduzierung den größten Konvoi in Gang, sondern die US-Armee: Die Amerikaner verlegen Tausende Soldaten von Heidelberg, Mannheim und Schwetzingen nach Wiesbaden. Insgesamt werden 700 Hektar frei. »Auf Baden-Württemberg kommt eine riesige Herausforderung zu«, sagt Wirtschafts- und Finanzminister

Nils Schmid (SPD). Denn auch die Bundeswehr baut rund 10 000 Dienstposten ab.

»Maßgeschneiderte Lösungen« je nach Standort seien notwendig, sagt Schmid und verweist auf diverse Landesprogramme. Das sind vor allem die Städtebauförderung und das Entwicklungsprogramm ländlicher Raum. Spricht man ihn auf zusätzliches Geld für ein Konversionsprogramm an, windet sich der Minister. Zunächst er-

wartet er vom Bund finanzielles Entgegenkommen beim Verkauf der Liegenschaften.

»Im Rahmen des haushaltsrechtlich Zulässigen«, fügt er hinzu, denn der Jurist weiß, dass der Bund die Immobilien nicht verschenken darf.

Den Standortgemeinden wäre schon geholfen, wenn der Bund die Filetstücke nicht gesondert verkaufte. Schmid: »Man sollte keine Teilverkäufe machen.« Sonst müssten die Gemeinden ständig bangen,

ob sie zum Zug kommen. Das hat er dieser Tage CDU-Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble geschrieben.

Doch auch Schmid wird sich den hohen Erwartungen nicht entziehen können. Die Gewerkschaft ver.di verlangt bereits jetzt ein Programm zur Beschäftigungskonversion: »Die am meisten betroffenen Regionen brauchen massive Unterstützung für den Strukturwandel«, sagt Landesfachbereichsleiter Hermann Burr.

Hardheim blickt auf den Nachbarn

- In der Carl-Schurz-Kaserne werden alle 980 Dienstposten gestrichen.
- Das Sicherungsbataillon 12 und weitere Dienststellen werden aufgelöst.

»Eigentlich ist geschenkt noch zu teuer«, sagt Hardheims Bürgermeister Heribert Fouquet. Heizen, reparieren, Rasen mähen, das alles muss in der Kaserne künftig auf Kosten der 7200-Seelen-Gemeinde gemacht werden. Für die strukturschwache Region im Odenwald ist der Abzug ein Fiasko. »Immendingen ist jetzt fein raus«, sagt der Bürgermeister träumerisch – eine Teststrecke, ja, das wäre schön. Doch Hardheim braucht nicht mal ein Gewerbegebiet: »Die Firmen stehen bei uns nicht Schlange.« Wenn die Gemeinde wenigstens wüsste, ob neben der Kaserne der Standortübungsplatz frei wird. Fouquet: »Da würden wir schon zugreifen, ob wir's uns leisten können, ist eine andere Frage.«

Außerdem gehört der Übungsplatz zu drei Vierteln zur Nachbargemeinde Kilsheim. Mit deren Bürgermeister hat sich Fouquet gestern zusammengesetzt: Sie wollen gemeinsam etwas auf die Beine stellen. Kilsheim hat mit dem Truppenabzug Erfahrung: 2006 wurde dort die Prinz-Eugen-Kaserne geschlossen. Neben finanzieller Hilfe erwartet Fouquet vom Land vor allem schnelle Genehmigungen, wenn es erst mal richtig losgeht.

Ellwangen spielt »Wünsch dir was«

- Von 1340 Dienstposten bleiben 30.
- Ein Transportbataillon und ein Ausbildungszentrum werden aufgelöst.

200 Hektar werden in der Stadt frei, außerdem 116 Hektar Übungsplatz. Natürlich habe die Stadtverwaltung Vorstellungen für die frei werdende Reinhardt-Kaserne, versichert Kämmerer Willi Senger: »Aber wir können doch nichts aus der Schubladen ziehen.« Vor allem keinen Plan B, so etwas lasse sich nicht vorbereiten: »Der Standort war schließlich nicht infrage gestellt.«

Ellwangen diskutiert also mit Bund und Land zunächst die Bedingungen des Geländekaufs und einer möglichen Landeshilfe. Und man spielt ein bisschen »Wünsch dir was«. Andere Bundesbehörden mögen bitteschön in die teilweise denkmalgeschützten Gebäude einziehen, hatte OB Karl Hilsenbek schon am Mittwoch gefordert. Auch von Wohnungsbau, einem Gewerbegebiet und privaten Investoren ist dieser Tage die Rede.

Doch dieses Vorgehen behagt nicht allen. »Wenn man auf die Verwaltung wartet, braucht man sich nicht über solch blutleere Vorschläge zu wundern«, sagt SPD-Ratsmitglied Claudia Sünder. Jetzt räche sich, dass Ellwangen so lange an die Unverwundbarkeit des Standorts geglaubt hatte, meinen auch die Grünen.

Immendingen begrüßt Daimler

- 970 Soldaten werden nach Stetten am kalten Markt verlegt.

Das südbadische Immendingen (Kreis Tuttlingen) mit seinen 6000 Einwohnern ist wohl die einzige deutsche Gemeinde, die freiwillig um die Auflösung ihrer Garnison gebeten hat. Doch seit die Daimler AG Interesse am Bau eines Prüf- und Technologiezentrums samt Teststrecke auf der 420 Hektar großen Fläche zeigte, ist die Entscheidung klar: Immendingen will lieber Industrie- als Bundeswehrstandort sein. Noch vor der Berliner Entscheidung hatte der Gemeinderat umgesteuert.

Der Stuttgarter Autobauer zieht wahrscheinlich mit – sofern man ihm keine Steine in den Weg legt. »Voraussetzung für die Ansiedlung von Daimler in Immendingen ist, dass das Gelände auch zu wirtschaftlich angemessenen Konditionen erworben und in einem geeigneten Zeitraum Genehmigungen für Bau und Betrieb des Prüf- und Technologiezentrums erzielt werden können«, teilte der Betrieb fast zeitgleich mit der Bekanntgabe der Kasernenschließung mit. Man werde sich nun auf diesen Standort konzentrieren und die Planungen in den Mitbewerber-Orten Nellingen/Merklingen und Sulz am Neckar aussetzen.



Heidelberg sammelt Ideen

- Bis 2016 ziehen 8000 US-Streitkräfte ab.
- Auch die Bundeswehr gibt den Standort auf.

Die Bundeswehr löst den Standort auf, doch das fällt verglichen mit dem US-Abzug kaum ins Gewicht. Das Zauberwort heißt dialogischer Planungsprozess: Ohne die Bürger soll im Patrick-Henry-Village, in den Campbell Barracks oder wie die US-Einrichtungen sonst heißen, nichts passieren. Auch Vereine und Institutionen nehmen an dem Diskussionsprozess teil, der »ergebnisoffen« sein soll.

Grundsätzlich wird der Abzug in der Universitätsstadt begrüßt: Immerhin werden dadurch 2500 Wohnungen frei. Doch wenn OB Eckart Würzner von einer »städtebaulichen Jahrhundertchance« spricht, hat er noch anderes im Sinn. Zunächst aber will er noch möglichst viele Ideen sammeln. 2012 soll mit den Planungen begonnen werden, die ab 2014 umgesetzt werden. Ein Problem ist, dass das Gelände nicht besichtigt werden kann, solange die Amerikaner es nutzen.

Hohentengen spekuliert

- 820 Dienstposten fallen weg.
- Das Luftwaffenausbildungsregiment wird aufgelöst.

Ein Frauenknast? Oder eine Universität? Hohentengens Bürgermeister Peter Rainer hört gerade alle möglichen Gerüchte über die Folgenutzung der Oberschwabenkaserne. »Alles Quatsch«, sagt er. Dabei wüsste er selbst gern, wie man das Gelände, das auch auf der Gemarkung der Gemeinde Mengen liegt, künftig nutzt. Seine Hauptsorge ist, dass der Bund die teilweise renovierten Gebäude zu teuer anbietet. Einen Termin in Bonn hat er vereinbart.

Doch was könnte in der strukturschwachen Region entstehen? Hohentengen (Kreis Sigmaringen) habe durchaus ein paar Trümpfe, sagt Rainer. Der Verkehrslandeplatz, die Bahnanbindung, die Lage an der Bundesstraße – das könnte potenzielle Investoren locken.

Sigmaringen hofft auf Touristen

- Der Stab der 10. Panzerdivision wird nach Veitshöchheim (Bayern) verlegt.
- Das Artilleriebataillon 295 und andere Dienststellen und Truppenteile werden aufgelöst oder zerlegt.
- Ein Teil des Feldjägerbataillons 452 wird nach Stetten am kalten Markt verlegt.

Von 1860 Dienstposten auf 0: Die Bundeswehr macht in Sigmaringen Tabula rasa. Der Truppenabzug trifft die 16 000-Einwohner-Stadt ins Mark. Zum einen ist die Region wirtschaftlich ohnehin schwachbrüstig, zum anderen zieht sich die Bundeswehr auch aus dem nahen Hohentengen zurück. Trotz des Schocks blicken Bürgermeister Thomas Schärer und der Gemeinderat nach vorne: »Wir müssen jetzt unsere Energie darauf verwenden, rasch die sicher nur beschränkt vorhandenen Chancen auszunutzen.« Dabei sollen auch die Bürger zu Wort kommen.

Vom Ausbau der touristischen Infrastruktur und der Ansiedlung wirtschaftlicher Cluster ist an der Donau die Rede. Doch allein werden die Sigmaringer das nicht schaffen. Zunächst erwarten sie vom Bund, dass er das Gelände der Graf-Stauffenberg-Kaserne kostenlos abgibt. Dann soll das Land mit einem großzügigen Förderprogramm helfen. Vielleicht hilft es der Stadt ja, dass Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) im Sigmaringer Stadtteil Laiz wohnt – für ihn muss der Totalabzug auch eine persönliche Niederlage sein, da er ihn nicht verhindern konnte.

Meßstetten sucht Auswege

- In Meßstetten bleiben von 840 nur 20 Dienstposten, die weiter den Luftraum überwachen.
- Die 6. Kompanie des Jägerbataillons 292 zieht ab.

Bürgermeister Lothar Mennig ist enttäuscht. Er wollte den Standort unbedingt erhalten. Das hat zwar funktioniert, doch Meßstetten (Zollernalbkreis) wird stark verkleinert. Dabei hat Mennig intensiv geworben: mit Argumenten wie dem guten Zustand der Gebäude, dem Truppenübungsplatz und der hohen Akzeptanz der Truppe in der 10 500-Einwohner-Stadt.

Gedankenspiele für die Zeit nach der Bundeswehr haben begonnen. Neues Gewerbe in der höchsten Stadt in Württemberg anzusiedeln, das könnte schwierig werden. Mit der Verkehrsinfrastruktur sieht es schließlich schlecht aus, bis zur nächsten Autobahn ist es weit. »Verbittert« ist der Bürgermeister, wie er selbst sagt. Im Gespräch ist zumindest eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem benachbarten Stetten am kalten Markt (Kreis Sigmaringen). Der Standort dort soll von 1640 auf 2330 Dienstposten wachsen.

Auch wie es mit den Soldaten und den zivilen Angestellten weitergeht, muss erst noch geklärt werden: wer in andere Kontrollzentren oder zu anderen Einheiten versetzt wird, wer in den Ruhestand geht oder wer eine berufliche Weiterbildung macht. Für die Nutzung des Kasernengeländes zumindest hat der Kreisverband der Grünen eine Idee: Das derzeit zwischen Schömberg (Zollernalbkreis) und Zepfenhan (Kreis Rottweil) geplante Großgefängnis könnte in Meßstetten gebaut werden.